



Gerold Reichenbach, MdB

Ausgabe 02/2016

© Corrina van den Brink

Pressemitteilung vom 24.02.2016: SPD-Fraktion will keine gläsernen Bürger

„Die Äußerungen des Bundeskanzleramtsministers Peter Altmaier (CDU) auf dem Polizeikongress am Mittwoch im Hinblick auf eine Überflüssigkeit des Datensparsamkeitsprinzips sowie der (staatlichen) Nutzung der Mautdaten sorgen beim Koalitionspartner SPD für Irritation.

Wir haben uns zum Ziel in der Koalition gesetzt, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit auch in der digitalen Welt zu schaffen und zu bewahren. So steht es auch im Koalitionsvertrag. Wenn wir jetzt anfangen, ein wichtiges und richtiges Datenschutzprinzip auszuhebeln um mehr personsbezogene Daten

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin
Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156
Mail:
gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:
<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:
Eva Kallweit

V.i.S.d.P.:
Gerold Reichenbach, MdB

Pressemitteilung vom 27.02.2016: SPD-Fraktion im Dialog mit über 350 Betriebs- und Personalräten

Unter dem Motto „Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen beenden – Arbeit der Zukunft gestalten“ hat die SPD-Bundestagsfraktion am Mittwoch mit rund 350 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland über die Zukunft der Arbeit diskutiert.

„Was ist geplant, um dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen einen Riegel vorzuschieben? Wie schaffen wir ein gutes Investitionsklima für sichere und gute Arbeit? Und wie verändert sich Arbeit durch Digitalisierung und Industrie 4.0? – Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt des konstruktiven Austauschs mit rund 350 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland“, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach.

Die betrieblichen Interessenvertreter hätten deutlich gemacht, dass eine gesetzliche Regelung zur Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit überfällig sei. „Die SPD-Fraktion sucht im Rahmen dieses Projektes gemeinsam mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen für die Herausforderungen von morgen. Ich freue mich, dass auch Mitglieder des Rüsselsheimer OPEL-Betriebsrates auf der Konferenz mit dabei waren und sich hier gewinnbringend einbringen konnten“, so Gerold Reichenbach.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, legten auf der Konferenz noch einmal das Ziel der SPD dar, gute Arbeit zukunftsfest zu machen. Beide betonten, dass es in Zeiten großer Zuwanderung wichtig sei, die Einheimischen nicht gegen die Flüchtlinge auszuspielen. Dazu gehöre, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich gesetzlich zu regeln. Dass die Union nun die fest zugesagte Einbringung des Gesetzesentwurfs blockiere, sei unverantwortlich, erklärte Andrea Nahles. Eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden auf mehr Sicherheit und Gehalt warten.

IG-Metall-Chef Jörg Hofmann unterstrich ebenfalls, dass es wichtig sei, Dumpingstrategien auf dem Rücken der Beschäftigten endlich zu unterbinden. Er forderte, sichere, gerechtere und selbstbestimmtere Arbeit – gerade im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeit. Generalsekretärin Katarina Barley erklärte, dass die SPD die einzige Partei sei, die den Zusammenhalt unseres Landes auf Dauer gewährleisten könne. Sie verwies auf den großen Erfolg der SPD-Kampagne „Meine Stimme der Vernunft“, die sich gegen

zur Überwachung des Bürgers zu bekommen, dann sind wir nicht mehr weit vom gläsernen Bürger entfernt. Wenn die CDU die Nutzung der Mautdaten auch zu Strafprävention und Verfolgung fordert, dann stellt sich die Frage, wo dann bei immer mehr anfallenden Daten über das Mobilitätsverhalten der Bürger, das Ende sein soll.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem CSU-Projekt Mautgesetz unter anderem nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die dabei erhobenen Daten zügig gelöscht werden und dass sie einem Verwendungsverbot unterliegen, also ausschließlich für den Gesetzeszweck – nämlich der Erhebung der Maut – genutzt werden. Eine uferlose Ausweitung der Datennutzung wird es mit der SPD nicht geben."

Pressemitteilung vom 19.02.2016: Arbeiten statt ständig fordern!

Zur Forderung der CSU nach mindestens 350.000 Abschiebungen im nächsten Jahr, erklärt der SPD-Innenpolitiker Gerold Reichenbach:

Diese populistische Forderung der CSU ist nicht nur eine schallende Ohrfeige für den eigenen Unions-Innenminister, sondern auch der Versuch die Bevölkerung für dumm zu verkaufen. Um auf die Zahl von 350.000 Abschiebungen zu kommen, müsste unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Anerkennungsquote und der freiwilligen Rückkehrer, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministeriums, mindestens 1,1 Millionen Entscheidungen über Asylanträge fällen. Davon ist de Maizière aber weit entfernt. Im Jahre 2015 wurden

rechtspopulistische und rechtsextreme Hetze wendet und mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft mobilisieren will. Außerdem betonte sie, wie wichtig es sei, die arbeitende Mitte vermehrt ins Blickfeld der Politik zu stellen.

Großen Anklang fanden die drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Neue Zeiten – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel“, „Neues Miteinander – Einwanderungsland Deutschland“ und „Neue Chancen – Wertschätzung von Bildung und Arbeit“: Hier konnten die betrieblichen Praktiker ihre Erfahrungen und Forderungen miteinbringen und damit einen wichtigen Beitrag zu dem Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit der SPD-Fraktion leisten.

Pressemitteilung vom 12.02.2016: Gastfamilien für Stipendiaten aus den USA gesucht - MdB Gerold Reichenbach unterstützt interkulturellen Austausch

In Deutschland und den USA können sich zurzeit 720 Schüler und junge Berufstätige freuen: Sie haben ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) bekommen, einem gemeinsamen Programm des Deutschen Bundestages und des US Kongresses. Ein Schuljahr verbringen sie im jeweils anderen Land. Der Sozialdemokrat Gerold Reichenbach engagiert sich dafür, dass dieser interkulturelle Austausch auch hier in der Region stattfindet. Er übernimmt die Patenschaft für einen deutschen Stipendiaten, der ein Schuljahr bei einer Gastfamilie in den USA verbringt. Die Stipendiaten besuchen eine örtliche Schule im Gastland oder machen Praktika in Betrieben und sind zudem Junior-Botschafter ihres Landes.

Um diesen Austausch auch in der Region zu ermöglichen, unterstützt Gerold Reichenbach die gemeinnützige Austauschorganisation Experiment e.V. dabei, weltoffene und neugierige Familien zu finden, die einen PPP-Stipendiaten bei sich aufnehmen möchten. Der gemeinnützige Verein sucht aktuell Familien, die für einige Monate oder ein ganzes Schuljahr einen Gast bei sich aufnehmen. Gastfamilie kann jeder werden – egal ob Alleinerziehende, Paare mit und ohne Kinder oder Patchwork-Familien, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Wichtig sind Humor, Neugier und Toleranz sowie die Bereitschaft, den Gast als „Familienmitglied auf Zeit“ aufzunehmen – mit allen Rechten und Pflichten. Wer Interesse hat, Gastfamilie zu werden, kann sich direkt an die Geschäftsstelle von Experiment e.V. in Bonn wenden. Ansprechpartnerin ist Eva Hofmann (Tel.: 0228 95 72 2-44, E-Mail: hofmann@experiment-ev.de). Weitere Informationen zum Parlamentarischen Patenschafts-Programm gibt es unter www.experiment-ev.de/stipendien.

Über Experiment e.V.:

Das Ziel von Experiment e.V. ist seit über 80 Jahren der Austausch zwischen Menschen aller Kulturen, Religionen und Altersgruppen. Experiment e.V. ist gemeinnützig und das deutsche Mitglied von "The Experiment in International Living" (EIL). 2015 reisten 1.965 Teilnehmer mit Experiment e.V. ins Ausland und nach Deutschland. Ein Drittel davon erhielten Stipendien. Kooperationspartner sind u.a. das Auswärtige Amt, die Botschaft der USA, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Deutsche Akademische Austauschdienst, der Deutsche Bundestag, das Goethe-Institut und die Stiftung Mercator.

lediglich 282.726 Anträge entschieden, mit einer Ablehnungsquote von ca. 32 %. Inklusive des Antragsstaus aus dem Jahr 2015 von insgesamt 329.716 Anträgen müsste, dass BAMF im Jahr 2016 ca. 1,1 Millionen Anträge bearbeiten, um eine Abschiebungszahl von 350.000 zu erreichen.

Statt ständig neue Forderungen zu stellen, sollten CDU und CSU endlich einmal dafür sorgen, dass in dem Bereich, in dem sie die Verantwortung haben, die Dinge schneller voran gehen.

Pressemitteilung vom 12.02.2016: SPD-Bundestagsfraktion lobt Otto-Wels-Preis zum Thema Europa aus

Europa galt lange Zeit als ein Erfolgsprojekt für Frieden, kulturellen Austausch und wirtschaftlichen Aufschwung. Aber die jüngere Vergangenheit und Gegenwart zeigen: Europa ist kein Selbstläufer. Die Frage nach der Zukunft Europas ist derzeit offener denn je. Aus diesem Anlass hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Kreativwettbewerb für Jugendliche ausgeschrieben.

Die Europäische Integration war nach zwei Weltkriegen die Antwort auf Nationalismus, Diktatur und Krieg, auf massenhafte Flucht und Vertreibung in Folge des nationalsozialistischen Terrors. „Die Idee des zusammenwachsenden Europas machte unseren Kontinent zu einem Ort des Friedens, der Freiheit und der Demokratie, der Solidarität und eines wachsenden Wohlstands“ so Reichenbach.

Doch die Frage nach der Zukunft Europas ist derzeit offener denn je. Zahlreiche Herausforderungen stellen die Politik und die Gesellschaft des Kontinents vor eine Bewährungsprobe. Die Finanz-

Bundestag entscheidet über Asylpaket II

Im Vorfeld der 2./3. Lesung zum sogenannten Asylpaket II wurde in der Fraktion heftig und leidenschaftlich über diesen mit der Union erzielten Kompromiss debattiert.

Die Gesetzesvorlagen bündeln unterschiedliche Maßnahmen: Ein Gesetzentwurf soll die leichtere Ausweisung straffällig gewordener Ausländer ermöglichen. Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begründen zukünftig ein so genanntes schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, sofern ein ausländischer Staatsbürger hierfür zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt wurde. Die Höhe der Strafe spielt dabei keine Rolle.

Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung sollen künftig in besonderen Aufnahme-Einrichtungen untergebracht werden, in denen die Asylverfahren in kurzer Zeit abgeschlossen sein sollen. Diese Regelung soll Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten und Menschen, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken oder die aus schwerwiegenden Gründen ausgewiesen worden sind, betreffen. Für diesen Personenkreis gilt auch eine Wohnverpflichtung in besonderen Aufnahme-Einrichtungen; daran knüpft die sogenannte Residenzpflicht an. Die Rückführung dieser Personen soll im Fall der Ablehnung des Asylantrages unmittelbar aus der Aufnahme-Einrichtung erfolgen.

Der Schutz für minderjährige Flüchtlinge in den Unterkünften wird verbessert. Beschäftigte und Ehrenamtliche, die in Kontakt mit Minderjährigen stehen, müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen.

Der Bund wird seine Unterstützung bei der Passersatz-Beschaffung intensivieren. Es wird hierzu eine neue Organisationseinheit beim Bundespolizeipräsidium eingerichtet, um Heimreisedokumente zu beschaffen. Sie hält stetigen Kontakt mit den Botschaften der Herkunftsstaaten.

Zukünftig werden medizinische Gründe, die gegen eine sofortige Rückführung sprechen, sehr viel genauer unter die Lupe genommen und damit die Rückführung erleichtert. Dazu zählt eine Präzisierung der methodischen Anforderungen an Atteste, eine widerlegbare Vermutung für das Fehlen gesundheitlicher Abschiebungshindernisse, eine Pflicht zur unverzüglichen Vorlage (statt Attest „auf Vorrat“) und bei Zweifeln der Behörde Anordnung einer ärztlichen oder amtsärztlichen Untersuchung.

Mit Blick auf eine faire Lastenverteilung und geordnete Verfahren ist es notwendig, dass ein Anspruch auf volle Leistung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erst dann besteht, wenn der Ankunftsnachweis in der zugewiesenen Aufnahmereinrichtung ausgestellt ist.

Außerdem sieht das geplante Gesetz vor, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ab Inkrafttreten des Gesetzes befristet für zwei Jahre auszusetzen. Eine Härtefallprüfung ist jedoch möglich. Insbesondere das Aussetzen des Familiennachzugs wurde in der SPD-Fraktion kritisch gesehen, gleichwohl hat die große Mehrheit der Fraktion dem Kompromiss zugestimmt, weil sonst das

und Wirtschaftskrise mit teilweise massiven sozialen Verwerfungen ist noch nicht überwunden. Eine solidarische Antwort auf die Flüchtlingsfrage steht aus. „Aber Europa darf nicht scheitern!“, so Reichenbach.

Wie soll die Zukunft Europas aussehen? Bei der Beantwortung dieser Fragen komme der jungen Generation eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Wettbewerb zum Otto-Wels-Preis für Demokratie 2016 möchte die SPD-Bundestagsfraktion deshalb einen Beitrag dazu leisten, bei der jungen Generation Begeisterung für Europa zu wecken.

Der Kreativwettbewerb „Zukunft Europa(s)“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. Die Jugendlichen können beispielsweise ihre Vision für das Zusammenleben in Europa im Jahr 2030 gestalten, anderen jungen Menschen Lust auf Europa machen oder sich mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus auseinandersetzen. Bei der Umsetzung der Aufgabe können unterschiedliche Darstellungsformen wie Reden, Grafiken oder Videos gewählt werden. Zugelassen sind Einzel- und Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern.

„Die Gewinnerinnen und Gewinner laden wir im Mai zur Preisverleihung nach Berlin ein“, kündigt Reichenbach an. Für die drei besten Arbeiten winken attraktive Preise.

Ausschreibung und Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss ist der 29. März 2016.

gesamte Asylpaket gescheitert wäre. Ein Scheitern konnten wir uns aber nicht erlauben, da die Menschen zu Recht Handlungsfähigkeit von der Regierungskoalition erwarten.

Zudem gilt die Einschränkung nur für die relativ kleine Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten, nicht aber für diejenigen, die als Asylbewerber oder als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden. Für sie bleibt der Familien- und Elternnachzug ohne zweijährigen Aufschub erhalten.

Die SPD-Fraktion hat in den Verhandlungen über das Paket erfolgreich sichergestellt, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, weiterhin ein humanes und faires Verfahren erhalten. Haftähnliche Transitzone, wie von der Union gefordert, konnten wir verhindern.

Als nächstes Projekt werden wir nun ein Integrationspaket schnüren, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich Menschen, die neu in unser Land kommen und hier bleiben werden, schnell integrieren.

Clausnitz und Bautzen – und die Konsequenzen

Was in Clausnitz und Bautzen passiert ist, macht fassungslos. Was geht in solchen Menschen vor, die andere grundlos zu Tode ängstigen, anfeinden und bedrohen? Menschen, die sie noch nie im Leben gesehen oder gesprochen haben und die ihnen nichts getan haben, darunter Frauen und kleine Kinder. Dieses Ausmaß an Hass und Menschenverachtung ist kaum zu überbieten. Und wer applaudierend und kopfnickend daneben steht, während eine geplante Einrichtung für Asylsuchende abbrennt, der wirft demokratische Grundrechte leichtfertig über Bord und unterstützt die geistigen und leider auch die tatsächlichen Brandstifter. Das darf unser Rechtsstaat nicht zulassen und es müssen nun Konsequenzen in und aus Clausnitz und Bautzen folgen!

Die Forderung nach Konsequenzen einte auch alle Rednerinnen und Redner der Aktuellen Stunde am Mittwoch im Plenum. Die Verantwortlichen in Sachsen müssen umgehend transparent aufklären und handeln! Wie kann es sein, dass der Leiter des bedrohten Heims, der als einer der wenigen die Ankunftszeit des Busses kennt, Mitglied der rechtspopulistischen AfD ist und schon im November als Redner bei einer Demo das „Asylchaos stoppen!“ war. Sein Bruder wiederum hat die Kundgebung gegen das Asylheim organisiert und Spiegel-Online meldet, dass es einen weiteren Bruder gibt, der seinen Brüdern politisch nahe steht, aber von den Flüchtlingen lebt, weil er Metallcontainer als Behelfsbaracken umrüstet.

Ministerpräsident Tillich steht wegen der rassistischen Attacken in Sachsen erheblich unter Druck. Nun hat der CDU-Politiker mehr Polizeibeamte und mehr Prävention versprochen, wir werden ihn an seinen Taten messen. Tillich ist gefordert, staatliche Strukturen und die Demokratie zu festigen, um die „braune Suppe“ auszutrocknen!